

Gerd Schultze-Rhonhof

39340 Haldensleben, den 17. 8.2017

Meine lieben und sehr geehrten Damen und Herren!

Wer sich in diesem Verteiler nicht angesprochen fühlt, den bitte ich, diesen Brief gleich zu löschen.

Reaktionen auf meinen "Hilferuf"

Die allermeisten von Ihnen haben auf meinen "Hilferuf" um die Wiederbelebung meines Vortragsvideos zum Buch "1939 Der Krieg, der viele Väter hatte" positiv und unterstützend reagiert. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich. Etliche von Ihnen haben mich außerdem gebeten, ihnen später mitzuteilen, wie meine Bemühungen ausgegangen sind.

Dank Ihrer Mithilfe ist das unter Vorwand gelöschte Video wieder sichtbar, leider nicht mit seiner früheren oberen Platzierung in der Google-Liste. Dahingegen hat es der mich verleumdende Artikel "Holocaust-Referenz, Gerd Schultze-Rhonhof, Der Krieg, der viele Väter hatte" inzwischen irgendwie auf Platz 3 dieser Liste geschafft.

Meine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Hagen gegen den Verleumder ist zunächst mit fadenscheinigen Gründen, wie "Meinungsfreiheit", "im Zweifel für den Angeklagten" usw. abgelehnt worden. Ich habe danach beim zuständigen Oberstaatsanwalt begründete Beschwerde gegen diesen Bescheid eingelegt und warte nun auf dessen Entscheidung.

Reaktionen auf meine drei Briefe an Frau Dr. Merkel usw.

Der Anfang unserer Korrespondenz waren Ihre positiven Reaktionen auf meine drei Briefe an Frau Dr. Merkel, zahlreiche Ministerpräsidenten der Länder und Bundesminister so wie alle Damen und Herren Mitglieder des Deutschen Bundestages. Die Reaktionen auf diese Briefe waren dürftig, zum Teil ablehnend und im Falle eines Bundestagsabgeordneten der CDU flegelhaft. Einige meiner Vorschläge aus den Jahren 2015 und 2016 zur Steuerung und Beendigung der Zuwanderungswelle sind inzwischen in die Tat umgesetzt worden. Ich zähle das aber nicht zu den Reaktionen auf meine Briefe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren wohl so unumgänglich, dass auch der unerfahrenste und volksfremdeste Politiker von selbst auf sie kommen musste.

Meine Reaktion auf die anhaltende Migration und auf andere Existenzfragen unseres Staats und Volks

Zwei Jahre nach der Herausgabe meines ersten von drei offenen Briefen sehe ich keinen wirksamen Ansatz zur Abwendung der Masseneinwanderung nach Europa und besonders nach Deutschland. Vielmehr sind aus der EU-Kommission, aus der UN und aus Teilen des linken deutschen Parteienspektrums teilweise Druck und teilweise Förderung und Billigung der Masseneinwanderung zu spüren. Ich möchte Sie daher zum Abschluss meiner vergeblichen Bemühungen über meine Konsequenzen aus dieser politischen Misere informieren.

Ich sehe in der "Alternative für Deutschland" die derzeit einzige Partei, die der ethischen Verantwortung für das eigene Volk einen eindeutigen Vorrang vor Hilfsmaßnahmen für Andere einräumt, wenn sich beides nicht verträgt. Sie nennt das Migrationsproblem ungeschminkt beim Namen und strebt praktisch handhabbare und gesetzliche Lösungen über den Deutschen Bundestag an. Ich werde also, nachdem meine Appelle, Vorschläge und Warnungen an die anderen Parteien "in den Wind gesprochen" waren, die AfD wählen

und für ihre Wahl werben (trotz ihrer immer noch nicht abgeschlossenen, unschönen Flügelkämpfe).

Bezeichnenderweise ist es auch die AfD, die sich als einzige im Parteienspektrum mit den anderen derzeitigen Existenzfragen Deutschlands offen auseinandersetzt und sich um politische Lösungen aus dem Bundestag heraus bemühen will, nämlich:

- um die Fehlentwicklungen der EU ,
- um die laufende Konkursverschleppung der EZB und Deutschlands für "bankrotte" Südeuropastaaten,
- um die Strangulierung der wirtschaftlich schwachen Südeuropastaaten durch ihre Bindung an die Währung der wirtschaftlich starken Nordeuropastaaten , den Euro,
- um die seit Jahrzehnten abgeschmolzenen Polizeikräfte und die skelettierte Bundeswehr,
- um die heimliche Islamisierung Deutschlands mit ihren langfristigen Folgen für unser Rechts- und Erziehungswesen und
- um den kriminellen und religiös-radikalen "Beifang" der Völkerwanderung.

Alle diese Entwicklungen werden den heute 30jährigen und jüngeren Deutschen noch zu ihren Lebzeiten "schwer auf die Füße fallen", wenn nicht bald umgesteuert wird.

Es ist die Pflicht jeder deutschen Bundesregierung, "zum Wohl des deutschen Volkes" jede Gefahr und jeden Schaden selbständig, selbsttätig und selbstverantwortlich spätestens an den eigenen Grenzen und im eigenen Land abzuwenden, wenn die Gefahren oder Schäden nicht im Zusammenwirken mit Verbündeten oder schon am Entstehungsort verhindert werden können. Und das können sie derzeit nicht. Die Verpflichtung zu dieser Gefahren- und Schadensabwehr erkennt und akzeptiert derzeit nur die AfD.

Migration

Ich **missbillige** die realitätsfernen "Beruhigungspillen" der Altparteien, mit denen sie den deutschen Wählern vorgaukeln, man könnte die Massenmigration eindämmen, indem man die Fluchtursachen am Entstehungsort bekämpfe. Die Regierungen der EU-Staaten können weder die Bevölkerungsexplosion in Afrika (mit ca. 30 Millionen zusätzlichen Menschen pro Jahr) und in Asien noch die Dürre- und Hungerperioden in der südlichen Nachbarschaft Europas, noch weitere von den USA und einigen ihrer Verbündeten entfachte "Systemwechselkriege" verhindern wie die bisherigen im Süden und Osten des Mittelmeers.

Zu den "Fluchtursachen" gehört auch der ungeheure Sog, den das deutsche Sozialsystem auf Arbeits- und Sozial-Migranten ausübt. Auch da ist keine Änderung durch die Altparteien in Sicht.

Ich **missbillige** die Versuche der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung, in die Souveränität vieler ihrer Bündnisstaaten einzugreifen und sie zur Aufnahme großer Migranten- und Asylantenzahlen zu zwingen. So wie die Territorien und Grenzen der Staaten unantastbar sind und nur mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar, so sind auch die Staatsvölker nicht durch äußeren Willen und gegen ihren eigenen Willen veränderbar. Masseneinwanderung ist eine Veränderung des Staatsvolks. Es ist somit das souveräne Recht der Staaten und Völker, über die Aufnahme oder Abweisung von großen Migranten- und Asylantenzahlen zu entscheiden. Anderslautende EU-Verträge überschreiten inzwischen bei vielen Völkern der Union die Grenze des Akzeptierten. Die

Briten, Franzosen, Belgier, Niederländer, Portugiesen und die Völker der Länder des ehemaligen Ostblocks haben alle ihre eigenen Erfahrungen mit großen nationalen Minderheiten im eigenen Land und den damit verbundenen Belastungen und Schäden. Der Druck aus Brüssel und Berlin, Migranten aufzunehmen, wird deshalb inzwischen zur Gefahr für den Zusammenhalt der Völker der EU und damit für die Zukunft der EU. Ich **missbillige** die massenhafte Einwanderung von Menschen aus Ländern mit sehr fremden Kulturen und Zivilisationsstufen nach Deutschland. Sie schädigt unser Land und Volk inzwischen in einer nicht mehr verantwortbaren Weise, was allerdings infolge von "backstage"-Absprachen zwischen Bundesregierung und Medien dem deutschen Volk verschwiegen oder gar geleugnet wird. Die Schäden sind:

- der Umfang der Jahreskosten von annähernd 60 Milliarden Euro pro Jahr für Bund, Länder und Gemeinden,
- die Überlastung der Sozialversicherungen und des Gesundheitssystems,
- die Überforderung der Behörden,
- die Überforderung der Justiz bis hin zur Lähmung für "deutsche"

Verfahren ^[1],

- die "Techniken" der Migranten, Abschiebungen zu verhindern,
- der zu große Anteil der Migranten, der nicht integrationsfähig oder -willig ist, weder in die deutsche Sprachgemeinschaft noch in die Wirtschaft,
- die Erweiterung alter und die Bildung neuer Ausländerghettos, die sich oft und schnell zu "sozialen Brennpunkten" entwickeln,
- die unangenehmen Sitten eines Teils der Migranten und Asylbewerber, wie demonstrative Nichtachtung ihrer deutschen und christlichen Gastgeber, wie Nichtachtung von Frauen, Vergewaltigungen, Genitalbeschneidungen, Belästigungen und Prostitution, wie Teilnahme an Massenschlägereien, wie Anpöbeln von Polizeibeamten, wie Sozialleistungs- Betrug, wie Zerstören von Unterkünften und Unterkunftsmobiliar, wie Entweichen aus amtlich zugewiesenen Unterkünften und Untertauchen, wie die Weigerung, "gekaufte" Waren in Geschäften zu bezahlen,
- die Ablehnung, die sich unberechtigt, aber trotzdem vom Anteil der unangenehm auffallenden Migranten auf die deutschen Staatsbürger mit äußerlich erkennbarem Migrationshintergrund und die hier arbeitende ausländischen Studenten, legalen Gastarbeiter und Handelspartner überträgt

- und der kriminelle und religiös-radikale "Beifang" in der Mehrheit anständiger Migranten.

Ich **missbillige** vor allen den durch die schnelle Masseneinwanderung forcierten Austausch der indigenen Deutschen und ihrer bereits voll integrierten Landsleute mit ausländischen Wurzeln durch eine nicht assimilierbare Mehrheit von Einwanderern aus fremden Kulturen. Dieser Austausch beschleunigt sich derzeit durch die mangelhafte Förderung für junge deutsche Familien und Kindergeburten, durch die nachdrängende Einwanderung über das Mittelmeer, durch den legalisierten Familiennachzug, durch die Geburtenfreude der Einwanderer-Familien und durch die Sogwirkung des spendablen deutschen Sozialsystems.

Das Verdrängen der deutschen und der christlichen Leitkultur auf unserem Territorium

und das Ende der deutschen Selbstbestimmung kraft der eigenen numerischen Überlegenheit sind damit absehbar.

Ich bin Zeit meines Berufslebens Soldat der Bundeswehr gewesen, die sich damals als "Verteidiger des Vaterlands" verstanden hat, und habe dem deutschen Volk gedient, um nötigenfalls seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht gegen Angriffe von außen und gegen Fremdbestimmung zu verteidigen. Damals galt und heute gilt für mich, dass unsere Regierungen auch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Jugend in weiter Zukunft zu behaupten haben. Die heute 30jährigen und jüngeren Deutschen werden die in unserem liberalen Staat garantierten Freiheiten und das Selbstbestimmungsrecht dank eigener Mehrheit in Folge der weiter anhaltenden Masseneinwanderung aus moslemischen und anderen Staaten noch zu ihren Lebzeiten verlieren. Wenn die CDU jetzt im Wahlkampf plakatiert: "CDU für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben" meint sie ein "weiter CDU für weitere 4 Jahre". Sie vertuscht damit, dass ihre Wohlfühl-Politik von heute ein Deutschland eingeleitet hat, in dem die heute jungen Deutschen später nicht mehr "gut und gerne leben werden".

Ich sehe nicht ein, dass ich jetzt, wo ich alt geworden bin, schweigen soll, wenn eine in dieser Sache unwillige und unfähige Regierung samt ihrer in dieser Frage hinterher laufenden Opposition nicht der "kalten Invasion von außen" und der auf uns zukommenden Fremdbestimmung durch Einwanderer-Mehrheiten entgetreten will.

Fehlentwicklungen der EU

Die Vorväter der EU dachten nach den Schrecken und Verheerungen zweier Weltkriege an ein zukünftiges "Europa der Vaterländer", also vertraglich verbundener Staaten, und nicht an ein neues Machtgebilde, das seinen Staaten und Völkern Souveränität, Selbstbestimmung und Identität nimmt.

Ich **missbillige** die Umwandlung der EU-Staaten zu Provinzen eines europäischen Großstaates

- mit bürgerferner Zentralverwaltung,
- mit überbordender, gleichmachender und den Deutschen Bundestag aushebelnder Gesetzgebung,
- mit immer neuen Aufgabenfeldern und zusätzlichen Steuern,
- mit Länderfinanzausgleich zu deutschen Lasten,
- mit "Vergemeinschaftung" der Schulden einiger Südeuropastaaten,
- mit Verwischung und Verleugnung nationaler Eigenschaften und Identitäten,
- mit nimmersatter Osterweiterung zu Lasten unserer russischen Nachbarn,
- mit gemeinsamer, von der EU Kommission gesteuerter Interventionsarmee,
- mit länderübergreifendem, d. h. nivellierendem Wirtschafts- und Arbeitsrecht und
- mit EU-geförderter außereuropäischer Masseneinwanderung, wie bereits mehrfach vom Stellvertretenden EU-Kommissions-Präsident gefordert [\[2\]](#).

Die EU-unterstützte und bereits geförderte Masseneinwanderung aus Afrika und Asien soll offensichtlich in Europa ein Völkergemisch wie in den USA entstehen lassen. Europa ist aber schon von alteingesessenen Völkern bewohnt und kein siedlungsfreier Raum, in dem sich neue Völker bilden könnten. Mit der Schaffung einer übergestülpten und nivellierenden Zentralverwaltung und Regierung über bestehende alte Völker wird eher eine Kopie der Sowjetunion entstehen. Der erste, ernste Widerstand gegen diese schon

laufende Entwicklung zeigt sich an den Reaktionen in Großbritannien und in den Osteuropastaaten der EU.

Die EU war als Verbund von freien Staaten konzipiert, die "immer enger" in Freundschaft, Wirtschaft, kultureller und technologischer Entwicklung und zur Verteidigung Ihrer Länder, Völker und Werte zusammenarbeiten wollten. Das "immer enger" war nicht als ein neues Imperium gedacht. Die EU muss bleiben, aber reformiert werden und auf den subsidiären Überbau reduziert werden, als die sie einst geplant war. Die AfD hat all´ das erkannt und will sich im Bundestag als einzige Partei für eine Reform der EU in diesem Sinne einsetzen.

Fehlentwicklungen der EU-Finanzpolitik

2002 wurde der Euro gegen die Warnungen der Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank und die warnenden Expertisen von Hunderten von deutschen Finanz- und Wirtschaftsexperten eingeführt, um damit der "immer engeren Union Europas" näherzukommen. Die Warnungen prognostizierten u. a., dass die schwächeren Volkswirtschaften Europas bei einer Einheitswährung mit den stärkeren Volkswirtschaften "stranguliert" würden, weil sie ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit nicht mehr, wenn nötig und wie bisher, durch Abwertungen ihrer nationalen Währungen sicherstellen könnten. Genau das ist eingetroffen. Inzwischen werden einige südeuropäische Volkswirtschaften immer schwächer und die Schulden ihrer Staaten klettern ins nicht mehr Tilgbare. Und die Europäische Zentralbank EZB muss den Verschuldeten immer neue Kredite nachschieben. Das Ganze ist eine verbrecherische Konkursverschleppung zu Lasten der wenigen zahlungsfähigen nordeuropäischen Staaten, u. a. Deutschlands.

Ich missbillige die Folgen dieser Fehlentwicklung:

- Die "starken" Euro-Länder tragen derzeit über 1,8 Billionen Euro an Krediten für die "schwachen" Euro-Länder, davon alleine Deutschland 732 Milliarden (0,732 Billionen) an Krediten und überfälligen Schulden für längst gelieferte Exporte. Milliarden dieser deutschen Darlehen und Außenstände der "Pleiteländer" sind auch noch mit deutschen Ausfallbürgschaften "gesichert", was heißt, dass bei endgültigem Zahlungsausfall der deutsche Steuerzahler zahlt.

- Die "starken" Euro-Nationen in Nordeuropa sind erzürnt, weil sie für die "schwachen" Euro-Nationen aus Südeuropa Unmengen von Geld bereitstellen mussten, und die "schwachen" Euro-Nationen sind erzürnt, weil sie sich dem Spardiktat der Nordeuropäer beugen und dabei zum Teil "kranksparen" sollten.
So entzweit der Euro auch noch die Völker der EU.

- Seit Einführung des Euro und der ersten Schein-Wohlstandswelle, die das stabile Geld in die schwächelnden Volkswirtschaften brachte, folgten dort Stagnation, dann Kredite und Bürgschaften und nun der Sparzwang und wirtschaftlicher Niedergang, der in einigen Ländern zu gefährlicher Jugendarbeitslosigkeit geführt hat: in Griechenland 46%, in

Spanien 38 % in Italien 37% [\[3\]](#). Das ist nicht nur ein Problem für die betroffenen Staaten, sondern auch Sprengstoff für die EU, wenn die Jugend einiger Völker "abgehängt" wird.

- Die EZB-Finanzpolitik mit ihrem Ankauf fauler Firmen- und Staatsanleihen, der

Produktion immer neuer Euro-Milliarden, denen kein entsprechender Zuwachs an Werten gegenüber steht, und mit ihrer 0-Zinspolitik führt dazu, dass sich etliche "schwache" EU-Staaten vor nötigen Reformen drücken und weiter in die Schulden stürzen. Dem Vorteil, dass die Volkswirtschaften der "starken" EU-Staaten dabei weiter boomen können, steht die Gefahr gegenüber, dass die "starken" EU-Staaten und dabei Deutschland für weitere faule Staatskredite haften, und dass infolge der 0-Zinsen die deutschen Sparer um die Früchte ihrer Sparsamkeit betrogen und die Renten, Pensionen, Kapital-Lebensversicherungen und Altersversicherungen immer spärlicher ausfallen werden.

- Mit der "Stärkung und Vertiefung der Union" sind auch die Ausweitung der Aufgabenfelder der EU und die dafür nötigen zusätzlichen Geldforderungen an die nationalen Haushalte gemeint. Verschärfend kommt der Geldausfall, der dem Brexit folgt, hinzu. Die dazu vorgesehene Abschöpfung eines immer größeren Anteils des jährlich erwirtschafteten deutschen Volkseinkommens trifft alle deutschen Steuerzahler. Sie verhindert die statt dessen nötige bessere Förderung junger Familien und Geburten, die überfällige Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und Investitionen in Forschung und Bildung in Deutschland selbst. Den Vorschlag des SPD-Kanzlerkandidaten, Deutschland möge einen Teil der ausfallenden britischen EU-Beiträge übernehmen, halte ich in diesem Zusammenhang für abwegig.

Die AfD hat all´ das seit langem thematisiert. Sie will die Entscheidungen zur Währungspolitik und zu den deutschen Beitragszahlungen zurück ins Parlament holen, um die Schadensausweitung zu verhindern.

Irreführung der Bevölkerung.

Zu den genannten Existenzfragen unseres Volkes, zur Zukunft der EU, den Folgeschäden des Euro, und zur Masseneinwanderung seit 2015 informieren die Regierung, die Mehrheit der Politiker und die meisten deutschen Medien das deutsche Volk halb wahr, ganz falsch oder gar nicht. Ein Mix von Partei-Standpunkten, Journalisten-Meinungen und Informationshäppchen manipuliert tagtäglich unsere "öffentliche Meinung". Volle und wahre Berichterstattung über Fehlentwicklungen, Schäden und Risiken sind sowohl der Politik als auch den meisten Medien nicht erwünscht. Politiker und Parteien fürchten um ihre Wiederwahl und einige Oppositionsparteien und Medien folgen ihrem Weltbild, das sich von "international" und "deutschlandkritisch" zu "antinationale" mit der Tendenz zu "antideutsch" entwickelt hat. Vier Beispiele zu diesen Irreführungen:

- Berichte über die exorbitanten Schulden einiger Südeuropastaaten beim deutschen Staat und deutschen Firmen werden den deutschen Wählern vorenthalten. Viele dortige Warenempfänger schreiben ihre Zahlungspflichten bei der EZB an und die Deutsche Bundesbank zahlt sie den hiesigen deutschen Lieferanten aus. Die Bundesbank sitzt dann über Jahre auf den nicht bezahlten ausländischen Schulden. So funktioniert derzeit ein erheblicher Teil des deutschen Exportbooms.

- Regierungskommentare zu den Migrationskosten werden geschönt oder gar nicht erst gegeben. Bisher gibt es keine vollständige Kostenkalkulation für die Einwanderung seit 2015. Statt dessen wird geschummelt und manipuliert. So wurden z. B. 1,5 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds der Krankenversicherungen für die Gesundheitskosten der Einwanderer entnommen, damit sie nicht in der Kostenliste der Migranten auftauchen.

- Ein Teil der kommenden Belastungen werden von der Regierung auf die Zeit nach der Wahl verschoben und vorher gar nicht erst "thematisiert". So dürfen die bis zu einer Million geschätzten Einwanderer aus dem Familiennachzug der Einwanderer-Welle von 2015 erst 2018 kommen. Vor der Septemberwahl ist das kein Thema.

- Auch die Debatte über das nächste "Milliarden-Rettungspaket für Griechenland" kommt erst nach der Wahl ins Parlament. Die deutschen Wähler könnten sonst zur unpassenden Zeit verstehen, dass der nächste verlorene Kredit nicht der Rettung Griechenlands sondern dessen rechtzeitiger Zinszahlung an die bisherigen kreditgebenden Banken und damit deren Rettung vor deren Pleiten dient.

Meine Schlussfolgerung

Die Existenzfragen unseres Staats und Volkes: die Masseneinwanderung, die Fehlentwicklung der EU und die Fehlentwicklungen des Euro und der EZB - von den weiteren Problemen ganz zu schweigen - werden die heute 30jährigen und Jüngeren in Deutschland "voll erwischen", wenn im neuen Deutschen Bundestag nicht begonnen wird, hier umzusteuern.

Die Altparteien und Politiker mit ihrem "weiter so!" denken offensichtlich vor allem im Rahmen ihrer nächsten 4-Jahres-Legislaturperiode und Ihrer eigenen Existenzsicherung durch Wiederwahl, nicht aber an die Zukunftsperspektive unseres Volks. Sie kleistern die Existenzfragen, die den 30jährigen und jüngeren Deutschen blühen, mit allen Mitteln zu. Sie tun es mit Verschweigen, Leugnen, Beschönigen, Verschieben von Problemen auf die Zeit nach der Wahl, Ablenken, wie z. B. auf den natürlichen und nicht änderbaren Klimawandel, und mit "demokratisierender", belehrender Rhetorik. Trotz aller lautstarken Bekenntnisse der Altparteien zu "Transparenz und Toleranz" lassen sie die Meinungen Andersdenkender nicht zu und streiten Fakten ab, die nicht in ihr Weltbild passen. Sie verunglimpfen die, die sich mit den genannten Problemen auseinandersetzen. Sie mobben sie, isolieren sie, beschimpfen sie mit Hassparolen und grenzen sie aus dem "Spektrum der Demokraten" aus. Einige der roten und grünen Spitzenpolitiker agieren ohne Scham und Scheu in "Aktionsbündnissen" zusammen mit kriminellen Autonomen und gewalttätigen linken Gruppen und Vereinen gegen die, welche die angesprochenen Probleme lösen wollen. Die Mehrzahl der Medien spielt dieses intrigante Spiel ohne Skrupel mit. Politik und Medien haben damit ein **Verludern unserer Demokratie** in Gang gesetzt, offensichtlich ohne Bedenken oder Schuldgefühle.

Die monatelange negative Berichterstattung über die AfD und das Verschweigen ihrer Arbeit in den Landesparlamenten sind die beredten Beispiele dafür. Und die ungebrochene und unkritische Zustimmung zur jetzigen Regierungschefin als Person und zur jetzigen Form der EU als Institution zeigt, wie stark die jahrelange Manipulation der deutschen Medien auf die Wähler hier im Land gewirkt hat. Da mag in letzter Zeit auch unterstützen, dass manche Altparteien im Wahlkampf bei der AfD Themen, Ideen und Begriffe klauen, wie der CDU Generalsekretär jüngst den "Positiven Patriotismus".

Ich hoffe, dass die Alternative für Deutschland den Einzug in den Deutschen Bundestag schafft, und dass sie dort zum Wohl des Deutschen Volkes wirkt. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir zustimmen und diesen Brief in Umlauf bringen würden.

Mit besten Grüßen
bin ich Ihr
Gerd Schultze-Rhonhof

[1] Lt. Deutschem Richterbund blockieren derzeit 200.000 Asylverfahren die deutschen Verwaltungsgerichte.

[2] Frans Timmermans, seit 2014 Vizepräsident der EU-Kommission : "Die Zukunft der Menschheit beruht nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer Vermischung von Kulturen und Identitäten."

[3] Jugendarbeitslosigkeit im Mai 2017 unter den 15- bis 24jährigen der betroffenen Staaten.